

Parteitag – Grüne beschwören den Wechsel. Geschlossen kämpfen sie für eine Regierung mit der SPD und für höhere Steuern. Interne Mahner wie Kretschmann verstummen

Wahlkampf um Steuern

BERLIN/REUTLINGEN. Hand in Hand ziehen Grüne und SPD in den Kampf um einen Machtwechsel in Deutschland. Mit demonstrativer rot-grüner Einigkeit und Forderungen nach höheren Steuern brachten sie sich auf ihrem Parteitag in Berlin gegen Union und FDP in Stellung. Die rund 800 Delegierten beschloss am Sonntag bei einer Enthaltung ein Wahlprogramm für Ökologie, Sozialreformen und Umverteilung. »Wir sind die Lobby des wirklichen Lebens«, rief Spitzenkandidatin Katrin Göring-Eckardt. SPD-Chef Sigmar Gabriel wertete die rot-grüne Wunschkoalition als richtungsweisend: »Es geht um Fairness, um Nachhaltigkeit, um Gerechtigkeit.«

Vermögensabgabe für Reiche

»Dieses Land ist erneuerbar, Deutschland ist erneuerbar«, sagte Grünen-Spitzenkandidat Jürgen Trittin. Mit dem Ringen um Umverteilung, Schuldenabbau und die Belastung von Bürgern und



Unternehmen hat der Wahlkampf bereits vor der heißen Phase ein Hauptthema. Grünen-Chef Cem Özdemir versicherte, die Grünen träten gegen alle Widerstände für einen Ausgleich zwischen Reich und Arm an. Der Spitzensteuersatz sollen nach den Grünen-Plänen ab einem Jahreseinkommen von 80 000 Euro brutto von 42 auf 49 Prozent steigen. Der Staat soll so mehr Mittel für Bildung und Soziales bekommen. Untere Einkommensgruppen wollen die Grünen entlasten, indem sie den Grundfreibetrag von 8 130 auf 8 700 Euro anheben. Eine auf zehn Jahre befristete Vermögensabgabe soll Reiche mit 1,5 Prozent belasten und 100 Milliarden Euro zum Abbau der Bundesschulden erbringen. »Eine gute inhaltliche Debatte und ein ambitioniertes Programm«, lautete das Fazit der

Reutlinger Bundestagsabgeordneten Beate Müller-Gemmeke. Vor allem in Sachen sozialer Gerechtigkeit habe sich ihre Partei in eine gute Richtung bewegt, »auch wenn nicht alle Hurra schreien werden«. Die Beschlüsse seien aber richtig angesichts der immer tiefer werdenden Spaltung in der Gesellschaft, erklärte sie gegenüber dem GEA. Die Ermahnung von Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann, die Steuerschraube nicht zu stark anzudrehen, schlug sich kaum nieder. So erwägen die Grünen nun für später eine dauerhafte Vermögensteuer. Dennoch lobte Kretschmann die Steuerbeschlüsse: »Wir haben die richtige Balance auf diesem Parteitag dazu gefunden, und darüber bin ich sehr froh.« Die Grünen billigten den geplanten Neustart bei der bundesweiten Suche nach einem Atommüll-Endlager. Die Delegierten forderten Tempo 80 auf zweispurigen Landstraßen, die Anhebung des Hartz-IV-Satzes und die Begrenzung von Boni für Unternehmensbosse. Wie die SPD wollen sie einen Mindestlohn von 8,50 Euro oder mehr. (dpa/oje)

FOTO: TRINKHAUS. »Wir wollen Deutschland wieder ein Stück gerechter machen«, sagt die Reutlinger Bundestagsabgeordnete Beate Müller-Gemmeke (Grüne).